



Innenausschuss

34. Sitzung (öffentlich)

13. März 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Die Obleuterunde hat sich darauf verständigt, zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/2891 (Wirksame Bekämpfung von Menschenhandel nur in Verbindung mit nachhaltigen Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen möglich – Richtlinienkonforme Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU) eine Anhörung durchzuführen. Termin hierfür ist der 1. Juli 2014.

Im Rahmen der Obleuterunde wurde beschlossen, im Landeskriminalamt Düsseldorf ein Briefing zum Thema „Menschenhandel“ abzuhalten. Als Termin ist Dienstag, der 20. Mai 2014, 14 Uhr, vorgesehen. An diesem Briefing können die Obleute sowie interessierte Ausschussmitglieder teilnehmen.

- 1 Bericht über die Tötungsdelikte durch einen Einzeltäter in Düsseldorf und Erkrath – Darstellung der Ereignisse und der Lagebewältigung 8**
- Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales
- Bericht von LPD Bernd Heinen (MIK) 8
 - Aussprache 12
- 2 Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz) 13**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4380
Stellungnahmen 16/1356, 16/1363 und 16/1413
Zuschriften 16/406, 16/475
- Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen bei Enthaltung der übrigen Fraktionen angenommen.
- Der Gesetzentwurf Drucksache 16/4380 wird in der beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen bei Enthaltung der übrigen Fraktionen angenommen.
- 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts 14**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4661
Vorlage 16/1684
- Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Gesetzentwurf Drucksache 16/4661 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.

- 4 Siebzehn Mitarbeiter an Krebs erkrankt bei der Polizei in Meschede – unglückliche Zufälle oder sind bauliche Mängel des Gebäudes die Ursache für diese große Anzahl von Krankheitsfällen?** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **15**

Vorlage 16/1684
– Bericht der Landesregierung

Kurze Aussprache.

- 5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst in Nordrhein-Westfalen** **16**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4575
Stellungnahmen 16/1324 und 16/1339
Zuschrift 16/4896

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/4575 wird einstimmig angenommen.

- 6 Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen** **18**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4820
Entschließungsantrag
Drucksache 16/4896

In Verbindung mit:

- 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahmen)** **18**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5038

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam zu beraten.

Der Ausschuss beschließt, eine gemeinsame Anhörung zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 durchzuführen. Ein Termin wird im Rahmen der Obleuterunde besprochen.

- 8 Neubenennung eines stellvertretenden Ausschussmitglieds im Sinne von § 9 Abs. 2 der Richtlinien der Landesregierung für den Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus aus Billigkeitsgründen (Härterichtlinien)** **20**

Dem Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion, für das Ausscheiden des stellvertretenden Beiratsmitglieds des Härtefonds des Landes, Frau Kirstin Korte, als Nachfolger Daniel Sieveke zu bestimmen, wird zugestimmt. Die näheren Einzelheiten sind den Fraktionen bekannt.

- 9 Wie weit und wirkungsvoll ist das für Salafisten initiierte Aussteigerprogramm vorangeschritten?** **21**

Vorlage 16/1691

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

- 10 Wie gesundheitsgefährdend ist die Strahlenbelastung durch Digitalfunk tatsächlich?** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **22**

Vorlage 16/1690

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

- 11 Aufklärung statt falsche Behauptungen: Nachbericht zu den Vorfällen am 06.12.2013 rund um das Spiel Arminia Bielefeld – Dynamo Dresden** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **23**

Vorlage 16/1696

– Bericht der Landesregierung

Es ergibt sich eine Aussprache, in der Minister Ralf Jäger (MIK) noch einmal Stellung nimmt.

- 12 Verbotene Islamnetzwerke weiter in Nordrhein-Westfalen aktiv?** (TOP beantragt von der CDU; siehe Anlage) **29**

Vorlage 16/1697

– Bericht der Landesregierung

Fragen aus dem Ausschuss werden vom Ministerium für Inneres und Kommunales beantwortet.

- 13 Ministeriumsumzug: Ziehen NRW-Innenministerium und -Verfassungsschutz bei NSA-nahem Unternehmen ein?** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **36**

Vorlage 16/1692

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

- 14 Aktueller Planungsstand bezüglich der Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **37**

Vorlage 16/1693

– Bericht der Landesregierung

Zu ergänzenden Fragen der Abgeordneten nimmt das Ministerium für Inneres und Kommunales Stellung.

- 15 Landesregierung lässt Öffentlichkeit über Fahndungsmaßnahmen nach entflohenen Häftlingen im Unklaren** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **43**

Vorlage 16/1683

– Bericht der Landesregierung

Kurze Aussprache.

- 16 Verschiedenes** **44**

Am 3. April 2014 um 10 Uhr findet das Sachverständigengespräch in gemeinsamer Sitzung mit dem mitberatenden Sportausschuss zum Piratenantrag zur Reform der Datenerfassung der Zentralen Informationsstelle

Sporteinsätze (ZIS) statt. Im Anschluss daran erfolgt die normale Sitzung.

Der Sitzungssaal steht nur bis 13 Uhr zur Verfügung; er wird anschließend für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gebraucht. Die Tagesordnung ist daher auf ein notwendiges Mindestmaß zu begrenzen.

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4575
Stellungnahmen 16/1324 und 16/1339
Zuschrift 16/4896

Vorsitzender Daniel Sieveke informiert, dass die schriftliche Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände abgeschlossen sei. Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik habe sich am 17. Januar 2014 für die Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen (bei Zustimmung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN). Der ebenfalls mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss habe am 13. Februar 2014 einstimmig für die Annahme des Gesetzentwurfs votiert.

Theo Kruse (CDU) teilt mit, dass auch die CDU dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen werde. Er wolle in diesem Zusammenhang jedoch in Erinnerung rufen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung 2007 ebenfalls einen solchen Gesetzentwurf eingebracht habe. Damals hätten die rot-grünen Fraktionen, die jetzt die Regierung bildeten, den Gesetzentwurf klar abgelehnt.

(Thomas Stotko [SPD]: Zu Recht!)

Insofern freue er sich, dass der Gesetzentwurf nunmehr – nach sechseinhalb Jahren – ergänzt und erweitert werde und die Kommunen eine neue Zuständigkeit erführen. Es sei begrüßenswert, dass der Gesetzentwurf nun für gutgeheißen werde.

Thomas Stotko (SPD) erläutert, die SPD habe den Antrag 2008 mit Recht abgelehnt. Die SPD halte das Ganze auch heute nicht für richtig. Bei genauer Lektüre des Gesetzentwurfs sei ein klares Signal der koalitionstragenden Fraktionen zu erkennen, nämlich die Befristung bis zum 31. Dezember 2016.

Es werde definitiv keine Verlängerung dieser Regelung mehr geben; darauf weise er ausdrücklich hin. Die SPD sei grundsätzlich gegen Überstunden. Es sei Sache der Kommunen, ausreichend Feuerwehrleute auszubilden und einzustellen. Den Kommunen solle – auch aufgrund von Engpässen – noch einmal Gelegenheit gegeben werden, die fehlenden Feuerwehrleute bis Ende 2016 einzustellen.

Marc Lürbke (FDP) ist der Meinung, dass die SPD mit der großen Dienstrechtsreform die Möglichkeit habe, alles besser zu machen, wenn sie das Gesetz für so schlecht halte; dies sei das geeignete Mittel.

Die FDP werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Bei der Erhöhung handele es sich um eine Anerkennung der Leistung der Feuerwehrleute.

Es gelte, die Art und Weise zu thematisieren, wie es um das Opt-out in 2013 bestellt gewesen sei. Er sei sicherlich nicht alleine mit seiner Einschätzung, dass die Kommunen und die Feuerwehren sehr lange im Unklaren gelassen worden seien, wodurch es zu einem ziemlichen Chaos über die Zukunft von Opt-out gekommen sei. Die Ankündigung der Verlängerung sei sehr spät erfolgt, erst fünf Tage vor Ablauf der Widerspruchsfrist. Diese Art von Flickschusterei müsse zukünftig vermieden werden. Das könne gelingen, wenn weiter an der großen Dienstrechtsreform gearbeitet werde.

Damit könne übrigens auch das Leben von Herrn Körfges und Frau Schäffer bei der nächsten komba-Tagung erleichtert werden. Sie kämen dann nicht ins Schwitzen, wenn die Frage nach der Dienstrechtsreform gestellt würde.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/4575 wird einstimmig angenommen.